

Mittwoch, 24. März



Von Krisenmaßnahmen, die sich in den Gesichtern Eisenhower und ERHARDS hier nicht das geringste. Der Präsident der Vereinigten Staaten und der deutsche Wirtschaftsmister, beide keine Pesimisten, hatten im Weißen Haus ein halbstündiges Gespräch, in dem auch die Konjunktur erörtert wurde. Professor Erhard hält sich zu einem längeren Besuch in Amerika auf. (Foto: AP)

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCE METHOD EXEMPTION 3B2B
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2008

Erhard spricht von steigenden Anforderungen

Gespräch über die Hilfe für Entwicklungsländer / Eisenhower lobt das Rüstungstempo

Washington, 25. März (UP/dpa). Präsident Eisenhower hat dem Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Erhard seine Befriedigung über das Tempo der deutschen Wiederaufrüstung ausgedrückt. Das sei in einer Zeit, in der einige Nato-Mitglieder Schwierigkeiten mit ihren Verteidigungsverpflichtungen hätten, ein immer wichtiger werdender Faktor. Eisenhower hat dem Bundeswirtschaftsminister außerdem seine Glückwünsche über den Stand der deutschen Wirtschaft ausgesprochen.

Erhard war am Montag bei Außenminister Dulles zum Essen. Daran nahm auch C. Burke Elbrick teil, der als Unterstaatssekretär für europäische Angelegenheiten auch als Experte für Probleme der Gipfelkonferenz gilt.

Außerdem traf Erhard mit Douglas Dillon zusammen, der im Außenministerium für Wirtschaftsangelegenheiten zuständig ist.

Erhard teilte anschließend vor Pressevertretern mit, daß bei diesen Besprechungen drei Punkte behandelt worden seien: Handelspolitik und Handelsabkommen, Gemeinsamer Markt und Freihandelszone mit ihren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und auf Amerika und schließlich die Hilfe für Entwicklungsfähige Länder. Nach Erhard deken sich die Auffassungen zum Problem der Freihandelszone. Was die Hilfe für entwicklungs-

fähige Länder angehe, so hoffe er, daß es zusammen mit Amerika zur besseren Koordination der Hilfsmaßnahmen kommen werde. Er sei sich darüber im klaren, daß die Anforderungen an die Bundesrepublik steigen werden.

Wie es in Washington heißt, hat Erhard im Gespräch mit Diplomaten geäußert, er sehe es als wichtigste Aufgabe seines Besuchs an, sich so ausführlich wie möglich über die amerikanische Wirtschaftsverfassung zu informieren. Von seinen Eindrücken über Ausmaß und voraussichtlicher Dauer der Konjunkturschwäche in Amerika werde es abhängen, ob und in welchem Umfang er nach seiner Rückkehr auch in der Bundesrepublik Maßnahmen gegen einen Konjunkturrückgang treffen werde.

Die Gelegenheit zur eingehenden Information ergibt sich für den Minister vor allem bei seinen Gesprächen mit Finanzminister Anderson und, gegen Ende dieser und Anfang nächster Woche, mit privaten Wirtschafts- und Finanzkreisen in New York. Nachhaltigen Eindruck über die Beunruhigung der amerikanischen Öffentlichkeit dürfte ihm eine Tagung des Exekutiv-Ausschusses des Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO am Montag in Washington vermittelt haben. Der Ausschuß unter Vorsitz des Gewerkschaftspräsidenten Meany erklärte, alle Anzeichen deuteten auf

eine weitere Verschlechterung hin. Die Gewerkschaftsvertreter forderten die Regierung zu einer sofortigen Steuersenkung im Betrag von sechs bis acht Milliarden Dollar auf.

Der Regierung wurde vorgeworfen, der Rezession nicht schnell genug entgegenzutreten zu sein. Vor einigen Monaten hätte noch eine Steuersenkung um drei oder vier Milliarden Dollar genügt. Der jetzige Anstieg der Arbeitslosigkeit auf den höchsten Stand seit 16 Jahren, die Einschränkung der Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen der Industrie um dreizehn Prozent gegenüber 1957 sowie die Zurückhaltung der Verbraucher mache nun jedoch eine Senkung der steuerlichen Belastung um etwa das Doppelte erforderlich. Da die Produktionskapazitäten die Kaufkraft offensichtlich überholt hätten, sei es notwendig, das Gleichgewicht durch steuerliche Erleichterungen wieder herzustellen.

Der Senat begann am Dienstag mit der Debatte über das zweite große Anti-Rezessionsgesetz, das die unverzügliche Bereitstellung von 1,5 Milliarden Dollar zum Bau von Fernverkehrsstraßen vorsieht. Das erste Anti-Rezessionsgesetz über die Mobilisierung von 1,85 Milliarden Dollar zum Bau von 200 000 Wohnungen, durch das 500 000 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, hat dem Kongress passiert.